

Massicard, Élise, und Nicole F. Watts (Hrsg.). *Negotiating Political Power in Turkey. Breaking up the Party*. Abingdon. Routledge 2013. 200 Seiten. 111,69 €.

Die Herausgeberinnen *Élise Massicard* und *Nicole F. Watts* wollen mit dem Band „*Negotiating Political Power in Turkey*“ die Wahrnehmung türkischer Parteien als monolithische Organisationen mit den Mitteln der politischen Soziologie überwinden. Sie zielen dabei auf Binnen- wie Außenverhältnisse – im Inneren der Parteien auf die Rolle von Einzelnen und Gruppen in Macht- und Ressourcenkämpfen, nach außen auf die Beziehungen der Parteien zu den gesellschaftlichen Kräften. Der Untertitel „*Breaking up the Party*“ bringt die Absicht des Bandes auf den Punkt; die Beträge lösen das Versprechen weitgehend ein.

Der Ansatz ist so plausibel wie herausfordernd. Weil der autoritäre Zentralismus des türkischen Staates auch die Parteiorganisationen prägt, ist der Betrachter leicht verführt, die Analyse auf Parteichefs und Führungszirkel in Ankara zu konzentrieren und die von ihnen straff geführten Organisationen als „black boxes“ zu vernachlässigen. Ohne die Diagnose der Top-down-Logik innerparteilicher Verhältnisse in der Türkei in Frage zu stellen, versuchen die Herausgeberinnen und die Mehrzahl der Autoren, in die Feinmechanik interner Hierarchien und Machtkämpfe einzudringen. Der Band versammelt Studien zu den wichtigen Strömungen der Türkei – zu islamisch-konservativen und islamistischen Parteien, zu Sozialdemokraten und Linken, Nationalisten und Kurden.

Mitherausgeberin *Élise Massicard* nutzt die Möglichkeiten der politischen Soziologie, Licht in den Alltagsbetrieb

der Parteien zu bringen, eindrucksvoll in ihrem Beitrag „*The uses of team rivalry*“. Darin präsentiert sie die Ergebnisse ihrer Studie zur sozialdemokratischen Republikanischen Volkspartei (Cumhuriyet Halk Partisi/CHP) in der 1,5-Millionen-Stadt Adana nahe der türkischen Mittelmeerküste. *Massicard* sieht auf der lokalen Ebene innerparteiliche Netzwerke als wichtigste Kollektivakteure. Die Autorin beschreibt sie als „factions“, ein Begriff, der mit den im Deutschen üblichen Bezeichnungen „Parteilügel“ oder „Lager“ kaum gleichzusetzen ist, weil damit eine ideologische Dimension nahelegt wäre, die *Massicard* zufolge in der Türkei für die Bildung innerparteilicher Gruppen auf der lokalen Ebene nachrangig ist. Bei den „factions“ handele es sich vielmehr um nicht institutionalisierte Gefolgschaften von Führungspersonen, in denen sich der lokale Klientelismus manifestiert. Die Netzwerke erfüllen der Studie zufolge drei Funktionen: Sie verbinden die lokale Parteiorganisation mit den höheren Hierarchieebenen der Provinz und der Zentrale in Ankara, sie entscheiden über die Besetzung von Parteiämtern und damit über Chancen, Gefolgschaften zu belohnen, außerdem pflegen sie enge Beziehungen zu gesellschaftlichen Organisationen, etwa zu Gewerkschaften.

In einer weiteren Lokalstudie stellen *S. Ulaş Bayraktar* und *Cemal Altan* die islamisch-konservative Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (Adalet ve Kalkınma Partisi/AKP) in der Küstenstadt Mersin in den Mittelpunkt. Ihre Ergebnisse decken sich mit denen von *Massicard* insoweit, als auch in Mersin entscheidende Faktoren lokaler Parteipolitik informeller Natur sind. Die offiziellen Büros der Partei vor Ort spielen

demnach im politischen Prozess nur am Rand eine Rolle. *Bayraktar* und *Altan* zeigen, wie Funktionäre aus der Parteihierarchie den Zentralismus nutzen und aufrechterhalten: Sie üben starken informellen Einfluss darauf aus, wer Parteimitglied und wer Delegierter für Parteigremien wird, auch wenn das dem Geist des türkischen Parteienrechtes widerspricht. Die Gewählten wählen damit ihre Wähler: „What is really taking place is the selection of electors (i.e. delegates) by the elected party hierarchy [...]“ – eine Praxis, der den Autoren zufolge Konservative wie Sozialdemokraten folgen. Dazu kommen kaum begrenzte Durchgriffsmöglichkeiten der Parteizentrale in Ankara auf lokale Gliederungen. Auch *Bayraktar* und *Altan* sehen die Schlüsselfaktoren lokaler Parteipolitik in persönlichen Beziehungen, Seilschaften und klientelistischen Arrangements. Dazu komme die finanzielle Abhängigkeit der Parteiaktivisten vor Ort von Parteizentrale und wohlhabenden Spendern, weil weder die AKP noch andere Parteien Mitgliedsbeiträge systematisch erhöhen.

Menderes Çınar geht jenseits der lokalen Ebene der Frage nach, wie der anhaltende Erfolg der Regierungspartei AKP aus der Perspektive der politischen Soziologie zu erklären ist. Seiner Sicht nach schmiedete die Partei eine große Koalition gesellschaftlicher Gruppen: Liberale, Teile der kurdischen Bevölkerung im Südosten des Landes, Teile des von der Wachstumspolitik profitierenden Istanbul Großbürgertums, dazu das seit den achtziger Jahren aufgestiegene anatolische Unternehmertum, religiöse Teile der Mittelschichten sowie große Teile der Unterschichten. Der Top-down Politikstil der AKP gleiche indes dem früherer

türkischer Regierungsparteien. Das Erfolgsrezept liege weniger in der Aufnahme gesellschaftlicher Interessen und deren Umsetzung in politische Entscheidungen als vielmehr im Prinzip der „survival politics“: Erfolgreich überzeuge die AKP viele religiöse Wähler, dass sie ihre islamische Identität nur dann bewahren könnten, wenn die AKP als Regierungspartei überlebe. Kämen, so das von der Partei propagierte Angstsszenario, die alten kemalistisch-säkularen Kräfte zurück ans Ruder, fände sich das religiöse Milieu bald wieder gesellschaftlich und politisch ausgeschlossen. Die AKP habe so den türkischen Islamismus aus einem „movement of people“ in ein „movement for people“ verwandelt.

Gilles Dorronsoro und *Nicole F. Watts* erkunden in ihrem Artikel, wie kurdische Parteien und zivilgesellschaftliche Vereinigungen in der südostanatolischen Metropole Diyarbakır zusammenwirken. Verbands- und Parteiaktivisten schufen den Autoren zufolge in der Stadt eine lokale kurdische Gegenhegemonie zu der in weiten Teilen des Landes herrschenden Dominanz des türkischen Nationalismus. Die politische Kommunikation in Diyarbakır basiere auf der Einigkeit über vier Grundsätze: Man insistiere erstens auf der Relevanz kurdischer Identität für das kulturelle und politische Leben, fordere zweitens von der türkischen Zentralgewalt Demokratisierung und Wahrung der Menschenrechte, betrachte drittens die militante kurdische Arbeiterpartei PKK als legitimen politischen Akteur (selbst wenn man Führung und Methoden der Partei kritisiere) und sehe viertens in Diyarbakır die potentielle Hauptstadt „Türkisch-Kurdistan“. Zu den geteilten Überzeugungen träten personelle Verflechtungen

zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien. So begannen viele Karrieren kurdischer Parteifunktionäre in lokalen Nichtregierungsorganisationen.

Ilter Turans Untersuchung zu parteiunabhängigen Abgeordneten im türkischen Parlament bildet auf den ersten Blick einen Gegenpol zu den Parteistudien. *Turan* entfaltet eine Typologie unabhängiger Abgeordneter. Als ersten Typ identifiziert er Angehörige traditioneller lokaler Eliten, etwa Führer von Familienverbänden oder religiöse Autoritäten, die über genügend finanzielle Mittel verfügen, um erfolgreich Wahlkampf zu führen. Einen zweiten Typ bezeichnet er als „favorite son“ und meint damit eine Person, die regionale Popularität erworben hat, etwa als Vertreter einer Partei, der sie inzwischen nicht mehr angehört. Als dritten Typ sieht er Protestkandidaten, die dort antreten, wo größere Teile lokaler Eliten und die Bevölkerung die Kandidaten etablierter Parteien ablehnen. Ein vierter Typ ist ein Produkt der im internationalen Vergleich ungewöhnlich hohen Zehn-Prozent-Hürde des türkischen Wahlrechts. Dabei handelt es sich um einen Kandidaten mit Parteihintergrund, der nicht damit rechnen kann, dass seine Partei landesweit zehn Prozent der Stimmen erhält. *Turan* zeigt, wie die Rolle unabhängiger Abgeordneter nur in Bezug zu ihrem von Parteien geprägten Aktionsfeld zu verstehen ist. Viele der Unabhängigen haben entweder eine Geschichte als Parteipolitiker hinter sich oder treten im Lauf einer Legislaturperiode einer Partei bei.

Da der Band aus Fallstudien besteht, liefert er keine umfassende Soziologie des türkischen Parteienwesens, aber immerhin viele Bausteine dafür. Bei

aller Spezifität der Fallstudien treten Grundzüge hervor, etwa die große Rolle des Informellen, die Bedeutung von Akteuren außerhalb der Parteien und der fortwährende Kampf um Machtressourcen zwischen innerparteilichen Gruppen. Gerade weil das Informelle das Parteileben stark prägt, wünschte man sich eine intensivere Diskussion der Forschungsmethoden, die schwer zugängliche Bereiche erhelten können. Viele Beiträge zeigen, dass vor allem qualitative Methoden der mikrosoziologischen Feldforschung, der offenen Interviews und der teilnehmenden Beobachtung Licht in die „black box“ einer Partei bringen. Es hätte sich gelohnt, die mit solchen Methoden verbundenen Herausforderungen anzusprechen.

Peter Widmann

METHODEN DER POLITIKWISSENSCHAFT

Klaus Armingeon (Hrsg.).
Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie. Festschrift für Manfred G. Schmidt. Wiesbaden. Springer VS 2013. 659 Seiten. 99,99 €.

Die von Klaus Armingeon herausgegebene Festschrift für Manfred G. Schmidt besticht auf den ersten Blick durch Umfang und Fülle: Ihre 659 Seiten und 33 Beiträge umfassen ein Themenspektrum, wie es auch das umfangreiche Werk des Geehrten kennzeichnen. Unmittelbar auffällig ist der Aktualitäts- und Krisenbezug vieler Beiträge, etwa zur deutschen „Präsidentenkrise“ von 2012 (*Bernhard Blanke*), zu den Themen Große Koalition (*Eckhard Jesse*), Eurokrise und Austerität (*Klaus Armingeon; Dietmar*